

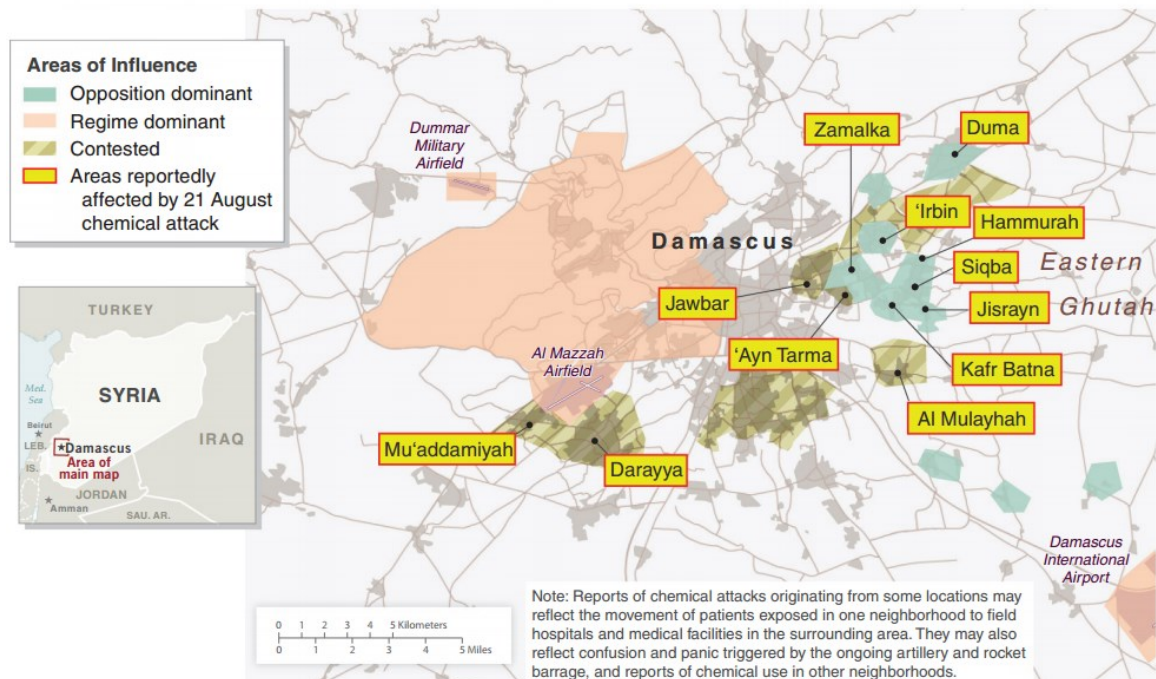


Giftgasangriff in Syrien

Vergasungen in Damaskus, Wahlkampf in Deutschland

Offenbar waren neuerlich Tausende durch eine Attacke des syrischen [Regimes](#) mit einem [Giftgas](#) betroffen, von denen hunderte, insbesondere Kinder, in östlichen Vororten von Damaskus starben. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon gab vor Ort tätigen Experten die Erlaubnis, rasch auch diesen Vorfall zu untersuchen. Während Bashshar al-Asad jegliche Verantwortung als “Teil eines schmutzigen Medienkriegs” abwies und die Inspektoren behindert, ist Londons Außenminister William Hague “fast sicher”, daß al-Asad dahinter steckt. Wenn das stimmt, so steht die Kernfrage in Washington, wie reagiert der Westen?

Syria: Damascus Areas of Influence and Areas Reportedly Affected by 21 August Chemical Attack



Denn Staatschef al-Asad hätte dann klar die [Rote Linie](#) durchbrochen, die ihm Präsident [Obama](#) gezogen hat. Laut Hilfsorganisation “Ärzte ohne Grenzen” seien 3.600 Personen mit neurotoxischen Symptomen als Folge der Giftgasangriffe in Krankenhäuser gelangt, von denen 355 starben.

Barack H. Obama sah am Freitag, den 23. August, in diesen Angriffen einen großen Vorfall von tiefem Einfluss. Doch müssten UN-Inspektoren erst feststellen, ob C-Waffen verwendet worden sind. Wenn Amerika ohne ein UN Mandat und eindeutige Beweise vorgehe, blieben Fragen zum weltweiten Recht und zur Koalition der dafür Willigen.

Beweise

Da Moskau das syrische Regime weiterhin abdeckt, indem es spekulierte, die Rebellen hätten den Anschlag als Provokation ausgeführt und diese würden den Inspektoren den Zugang verwehren, müssen Amerikaner gegebenenfalls wieder einen Weg ohne den UN-Sicherheitsrat finden. Denn ein Veto Moskaus und vielleicht auch Beijings gegen einen Militäreingriff wären dort sicher. Moskau gab al-Asad auf, die Inspektoren zuzulassen.

Indem es kaum zur Einigkeit im Sicherheitsrat kommt, prüft die Obama-Administration das Kosovo-Modell. Als die Regierung unter Slobodan Milosovic 1998 und 1999 ihre Opponenten wie Albaner brutal ermorden ließ, entschloss sich Präsident Bill Clinton zum militärischen Eingriff in Absprache mit der Nato: eine tiefe humanitäre Krise verlange, zu handeln, darunter auch durch militärische Gewalt. Dies trifft auch auf Syrien zu wie eine Verletzung des Genfer Protokolls von 1925, das den Einsatz von Giftgas verbietet.



Quelle: [Wiki](#)

Syrer der Nationalkoalition in Qatar 2012

Amerika hält die nötigen Kräfte im Mittelmeer bereit, um einen Luftangriff ausführen zu können. Das Ziel kann es nur sein, die Luftwaffe des Regimes auszuschalten wie auch die vielen Depots mit C-Waffen zu sichern. Sind die Träger für chemische Waffen wie Raketen und Flieger erst ausgeschaltet, gibt es seine Kaskade von Fragen:

- *Wer sichert C-Waffendepots und wie die bekannten Stätten der Produktion von Giftgas?
- *Wer setzt die Flugverbotszone durch und wie lange?
- *Welcher politische Prozess gewährt den Abgang des al-Asad-Regimes und den Übergang in eine Interimsregierung, die allen bisherigen demokratischen Ansprüchen genügt und Islamisten im Zaum hält?

Obama

Das Weiße Haus arbeitet im Druck, möglichst zügig zu reagieren, um nicht abermals an Glaubwürdigkeit zu den Roten Linien zu verlieren. Das ist gegen Risiken eines größeren Eingriffs abzuwägen, der gleichwohl unerwünschte Folgen in den benachbarten Ländern haben könnte. Außenminister John Kerry sprach bereits mit Ahmad al-Jarba, Präsident der syrischen Opposition. Amerika bestätigte einen ersten Gasangriff bereits im April 2013.

Deutsche Beteiligung

Mit einer deutschen Beteiligung braucht aber niemand zu rechnen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich Sonntag im Fernsehen dem Wahlkampf widmete, hat sich gegen ein militärisches Eingreifen in den Konflikt um Syrien ausgesprochen. Sie verfolge laut Regierungssprecher Steffen Seibert nicht "den Weg einer militärischen Lösung". Aber alternative Ansätze in diesem Bürgerkrieg hat sie nicht über bekannte Formeln hinaus dargelegt.



Fotos: W.G. Schwanitz

Kanzlerin Merkel in einer TV-Debatte am 25. August 2013

Dabei dehnt sich die Auseinandersetzung weiter aus. Laut Unicef hätten bereits über eine Million Kinder Syrien verlassen, von denen 768.000 jünger als elf Jahre seien. Sie gingen zumeist nach Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und in die Türkei. Da all diese Länder gerade die Krisen schütteln, nehmen für diese Generationen die Katastrophen ihren Lauf.

Nach Angaben der syrischen Opposition seien Gasraketen in den frühen Morgenstunden von einer Brücke über der Straße von Damaskus nach Hums abgefeuert worden, andere aus der Qabun-Nachbarschaft von der dortigen Sironex Fabrik. Angeblich sollte damit die Opposition vor einer größeren Offensive mit konventionellen Waffen wie Panzern geschwächt werden. Anderntags noch gingen die Gefechte weiter, was Hilfe erschwerte.

Sicher kann Amerika Raketen abfeuern und die Fliegerabwehr treffen. Doch wäre auch ein klarer politischer Plan der Kooperation mit Nachbarn und Regionalmächten geboten. Wieder liegt sehr viel in den Händen des amerikanischen Präsidenten, der doch lieber alle Truppen aus dem Ausland heimholen und alles internationalen Gremien überweisen will. Aber die stellen sich als unglaublich langsam, in sich widersprüchlich oder, wie der UN Sicherheitsrat, unfähig dar. So sind die Kreise nur größer geworden, in denen sich der Bürgerkrieg ausweitet. Ein anfänglich resolutes Eingreifen hätte viel verhindern können.

Wahlkampf

Wie weithin, scheinen im Bundesland Hessen der syrische Bürgerkrieg und verknüpfte Fragen keine direkten Themen zu bilden. "Ja zu Europa, nein zur Schuldenunion", sagt dort die Alternative für Deutschland wie auch "Die Griechen leiden, die Deutschen zahlen, die Banken kassieren". Familien und neue Arbeitsplätze bilden die Aufmacher von Plakaten der SPD, indes die FDP die vielen Kleinen als größte Arbeitsgeber fördern will. "Die Linke" sucht immer umzuverteilen: "Genug gelabert, zehn Euro Mindestlohn jetzt".

Auffällig ist das Plakat “Bronze für Deutschland”, auf dem ein Podiumsgespräch mit den Vertretern aller Parteien im Bundestag zur “Weltmeisterschaft im Rüstungsexport” die christlichen Anfragen an die deutsche Rüstungsexportpolitik richtet.



Aber wie uneins oder zurückgezogen sich die Weltmächte zeigen, steht wohl auch bei diesem Punkt keine Änderung an. Hingegen fordern die Piraten “Transparente Politik statt gläserne Bürger”: Live-Übertragungen von Debatten und Sitzungsprotokolle im Internet sollen jedem zeigen, was die Politik gerade macht (wie in Amerika längst üblich).



Bündnis 90/Die Grünen ruft unter ”Dein Kampf” auch “Nazis raus” und “Vielfalt statt Einfalt”.



Vielfalt zeigte sich auf einer “Islam-Ausstellung, Geschichte und Gegenwart”, die die Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland bis September in Idstein im Taunus abhielt.

Wie ähnlich verschieden doch alle in Mittelost und Mitteleuropa wirken. Der Westen reagiert auf Syrien jedenfalls vorerst gar nicht. Wer wird in dieses Vakuum aus den nicht demokratischen Regionen stoßen, Moskau, Beijing oder Teheran?

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

[Mehr](#) in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, [Neuerscheinung](#), 10. Juni 2013: [Buch](#) in [Berlin](#) [bestellbar](#).